

## Kajo Wasserhövel, Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, zur Perspektive der europäischen Sozialpolitik aus deutscher Sicht

Europabüro Brüssel, Friedrich-Ebert-Stiftung, am 23.01.2008

Der Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Kajo Wasserhövel, sprach am 23. Januar 2008 im Europabüro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Brüssel über die grundlegenden Probleme der europäischen Sozialpolitik aus deutscher Sicht. Das Publikum bestand aus ausgewählten Vertreterinnen und Vertretern der Europäischen Institutionen, von Gewerkschaften, Ländervertretungen und weiteren Interessenvertretungen in Brüssel.

Zunächst galt es festzustellen, dass innerhalb der deutschen Bundesregierung selbst große Differenzen bezüglich dieser Sozialpolitik bestehen.

Nach „großem Erschrecken“ über die geringe Akzeptanz der europäischen Integration, die anhand der gescheiterten Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden sowie durch die Erfolge europakritischer Parolen bei nationalen Wahlen deutlich geworden war, kam man in Brüssel zu dem Schluss, dass die Betonung sozialer Aspekte auf europäischer Ebene für das Wiedergewinnen dieser Akzeptanz elementar sei.

Vor diesem Hintergrund handelte die deutsche Ratspräsidentschaft im letzten Jahr getreu dem Motto „**Kräfte bündeln für ein soziales Europa in einer sozialen Welt**“, welches durch das Schaffen von **Kontinuität** (wie sie beispielsweise durch die Arbeit der EU-Kommission besteht) innerhalb der nur sechs Monate andauernden Ratspräsidentschaften und das Einbeziehen langfristiger, wichtiger Sozialpartner (wie Gewerkschaften) umgesetzt werden sollte. So bemühte sich die deutsche Ratspräsidentschaft intensiv darum, die ihnen nachfolgende portugiesische und auch die slowenische Ratspräsidentschaften in alle grundlegenden Entscheidungen, einschließlich der europäischen Sozialpolitik, einzubeziehen.

Wolle man jedoch Kontinuität schaffen, so Wasserhövel, dann dürfe man nicht den Fehler begehen, sich nicht auch dem Problem der **Kohärenz** zu widmen. Alleine auf RatsEbene entstünden viele Schwierigkeiten alleine durch unterschiedliches Tempo und Entscheidungsdichte zum Beispiel der Räte zu Wirtschaft und Finanzen einerseits und den Sozialministerräten andererseits, so dass letztere instinktiv in eine Defensivlage geraten.

Schwerpunktthema innerhalb der europäischen Sozialpolitik war für die deutsche Ratspräsidentschaft die Garantie „**guter Arbeit**“. Dies impliziere nicht nur einen rechtlich sicheren Arbeitsplatz, sondern auch eine faire Bezahlung, berufliche Aufstiegschancen, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie eine gute Absicherung durch die Sozialversicherungssysteme. Zur Realisierung möglichst vieler dieser Zielsetzungen habe man versucht, eine Staatengruppe innerhalb der EU zu bilden, die geeint und dadurch überzeugend auch vor der EU-Kommission auftreten könne.

Ferner stellte Kajo Wasserhövel fest, dass die deutsche Bundesregierung in der Flexicurity-Debatte ihren Standpunkt, es müsse vor allem die Sicherheit im Vordergrund stehen, nachhaltig unterstreichen konnte.

Als weiteres Thema im Kontext der künftigen europäischen Sozialpolitik ging Wasserhövel auf das komplexe Thema Migration ein. Bei dem Aspekt der **Zuwanderungssteuerung** gelte es, zwischen den verschiedenen Qualifikationen der potenziellen Migranten zu unterscheiden. Bedarf an Zuwanderung im Bereich gering Qualifizierter sei in der Tat

im deutschen Arbeitsmarkt nicht vorhanden. Bei mittelmäßig Qualifizierten sei dann Wert darauf zu legen, dass sie an Fortbildungen teilnahmen. Einzig der Bereich der hoch Qualifizierten ermöglicht Zuwanderung ohne Einschränkungen, wenn nicht sogar proaktive Ansätze zur Steuerung der Einwanderung in diesem Bereich. Ein alleiniges Intervenieren seitens der EU sei bei diesem Themenkomplex in der momentanen Situation nicht angebracht, es müsse in der Verantwortung der Mitgliedstaaten bleiben, die Bedürfnisse auf den eigenen Arbeitsmärkten zu steuern.

Weiter warb Wasserhövel für den Übergang zur dritten Stufe der **Arbeitnehmerfreizügigkeit**. Zum jetzigen Zeitpunkt und mit den aktuellen Instrumenten auf dem Arbeitsmarkt sei dieser Übergang jedoch sehr unwahrscheinlich durchzusetzen. Es ginge nicht darum, die Einführung der letzten Stufe immer wieder hinauszuzögern, sondern endlich die Instrumente zu schaffen, um die dritte Stufe ohne Verluste für den Arbeitsmarkt einführen zu können. Dies betrifft vor allem die Einführung von Mindestlöhnen und Instrumente zur Bekämpfung illegaler Arbeit.

Auch beim großen Themenkomplex **Arbeitszeit, Leiharbeit und Portabilität** sah Kajo Wasserhövel noch großen Nachbesserungsbedarf innerhalb der EU. Hier seien viele Regelungen nicht genau genug, in vielen Details steckten noch Risikofaktoren. Für eine politisch, wirtschaftlich und sozial stabile Europäische Union sei jedoch neben Demokratisierung und der Herstellung vergleichbarer Rahmenbedingungen und Standards eine gemeinsame Sozialpolitik unabdingbar. Hierbei gelte es insbesondere zu berücksichtigen, dass diese leicht den nationalen Bestrebungen zuwiderlaufen könnten.

Exemplarisch ging Wasserhövel im Weiteren auf einzelne Aspekte zur **Portabilität** ein. Den Forderungen nach Senkung des Mindestalters von dreißig auf fünfundzwanzig Jahre sowie der Unverfallbarkeit von fünf auf zwei Jahre, steht Wasserhövel skeptisch gegenüber. Selbst Arbeitgeber und sogar Gewerkschaften hielten diese für utopisch.

Dennoch wäre eine Entscheidung zur Portabilität im letzten Dezember gewiss möglich gewesen, hätte die portugiesische Präsidentschaft dies nicht an die ebenfalls sehr komplexen Themenbereiche Arbeitszeit und Leiharbeit gekoppelt. Mit einer Lösung vor 2009 sei nun allerdings nicht mehr zu rechnen.

Herr Wasserhövel setzte damit fort, dass in Deutschland eine eindeutige und feste Meinung zum Thema **Mindestlohnsystem** existiert. Das Hauptproblem aber sei, der Bevölkerung bestimmte Sachverhalte verständlich zu machen, da man zum Beispiel in einer Nachrichtensendung nie genug Zeit habe, einen komplexen Sachverhalt zu erläutern. Drei Punkte sprechen seiner Auffassung nach für einen gesetzlichen Mindestlohn. Eine faire Bezahlung aller Vollzeit Arbeitnehmer – denn es sei ein grundlegendes Recht, dass der Lohn für Vollzeitarbeiter auch zum Leben reiche. In diesem Zusammenhang sprach er sich auch gegen Lohnsubventionierung aus. Als Beispiel nannte er Vollzeitbeschäftigte, deren Lohnniveau so gering ist, dass sie auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind, diese Art von Lohnsubventionierung könne nicht sein. Aufgabe guter Ordnungspolitik sei es nun, eben diese Art der Lohnunterstützung abzuschaffen bzw. über einen gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn überflüssig zu machen. Darüber hinaus stellen Mindestlöhne außerdem auch eine bessere Qualität der Produkte sicher. Die Verbanung von Dumpinglöhnen solle endgültig in Aussicht gestellt werden.

Ferner setzte sich Kajo Wasserhövel für den Start einer engagierten Diskussion aller europäischer Sozialpolitiker über Mindeststandards ein. Diese hält er nach wie vor für realisierbar in Europa. Eine wichtige Rolle dabei spielen auch die Gewerkschaften. Allerdings gäbe es im Verhältnis von Gewerkschaften und SPD, so Wasserhövel, immer wieder e-

lementare Konflikte. Anhand des Beispiels der Einführung der Rente ab 67 würde deutlich, dass es Probleme geben kann, an deren Lösung nicht nur ein einzelner Partner beteiligt sein kann (wie an der mit dieser späteren Rente dringend anstehenden Humanisierung des Arbeitsmarktes). Somit wurde erneut die Wichtigkeit guter **Sozialpartnerschaften** in der Arbeits- und Sozialpolitik deutlich.

Als durchaus positiv sah Wasserhövel die europäische **Dienstleistungsrichtlinie**, bei der er vor allem die besondere Zusammenarbeit der Sozialdemokraten aus der Bundesregierung und der Fraktion, sowie dem Parlament und den Gewerkschaften hervorhob.

Im Weiteren ging Wasserhövel auch auf das Beispiel der Entlassungen bei dem Telekommunikationsunternehmen **Nokia** am Standort Bochum ein. Pragmatisch riet er, die Politik solle den Familien das Gefühl geben können, man kümmere sich um sie. Er bemängelte aber gleichzeitig die unzureichende Handlungsfähigkeit der Politik, wenn Geschäftsleute ihren Interessen nachgehen, und dabei gegen jede Moral verstoßen. So könne es auch nicht sein, dass ein Unternehmen im einen Land subventioniert wird, dann seine Produktion an einen anderen Standort verlegt und dort erneut europäische Subventionen erhält.

Mit der Forderung Wasserhövels nach den „**Vereinigten Staaten von Europa**“, wie sie von den Sozialdemokraten im Heidelberger Programm gefordert werden schloss die Veranstaltung.